

**Betreff:****Dringlichkeitsantrag: Auswirkungen der Gesetzesänderung zur Akademisierung der Hebammenversorgung****Organisationseinheit:**

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

**Datum:**

25.06.2019

**Beratungsfolge**

Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)

**Sitzungstermin**

25.06.2019

**Status**

Ö

**Sachverhalt:**

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 21.06.2019 [19-11229] wird wie folgt Stellung genommen:

In Deutschland muss die EU-Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 20. November 2013 auf Basis der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bei Hebammen umgesetzt werden. Diese Umsetzung muss bis Januar 2020 auf den Weg gebracht sein. Deutschland ist eines der letzten europäischen Länder, die diese EU-Richtlinie umsetzt. Sie beinhaltet die Akademisierung der Hebammenausbildung. Zukünftig ist ein duales Studium (Bachelor-Studiengang) mit hohem Praxisanteil vorgesehen. Derzeit werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die Umsetzung der EU-Richtlinie diskutiert und umgesetzt. Nach derzeitigem Planungsstand der Landesregierung Niedersachsen wird ein zukünftiger Bedarf von 190 Studienplätzen gesehen. Die akademische Ausbildung wird bereits an der Hochschule Osnabrück angeboten, sodass von einem neu zu schaffenden Bedarf von 145 Studienplätzen ausgegangen wird. In Betracht gezogen werden die Medizinische Hochschule Hannover, der Gesundheitscampus Göttingen, die Hochschule Osnabrück sowie die Universität Oldenburg und die Jade Hochschule. Die Region Braunschweig findet nach derzeitigem Planungsstatus keine Berücksichtigung.

Im November 2018 schrieb die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt alle Braunschweiger Landtagsabgeordneten an und bat sie, sich dafür einzusetzen, einen Studienstandort in die Region Braunschweig zu holen. Beim Frauenpolitischen Neujahrsempfang im Braunschweiger Rathaus, in Anwesenheit von Ministerin Dr. Carola Reimann, wies die Hebammenwissenschaftlerin Prof. Christiane Schwarz auf den dringenden Handlungsbedarf in Niedersachsen hin. Denn Universitäten z. B. in Schleswig-Holstein bauen die Studiengänge bereits auf und werben Lehrpersonal aus Niedersachsen ab. Am 9. Mai 2019 hat eine Podiumsdiskussion zur Hebammenversorgung in Braunschweig im Kulturpunkt West stattgefunden, an der u. a. die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Frau Dr. Carola Reimann sowie die Unterzeichnerin teilgenommen haben. Hierzu hat die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit ausführlich berichtet (19-10933). Bei der Podiumsdiskussion wurde beschlossen, in Braunschweig einen Runden Tisch einzurichten, der sich mit der Hebammenversorgung befasst. Dieser Runde Tisch tagt zum ersten Mal am 26. Juni 2019 unter Federführung der Unterzeichnerin. Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird auf der zukünftigen Ausbildung der Hebammen liegen. Es ist beabsichtigt, den Runden Tisch zu nutzen, um sich für den Erhalt des Ausbildungsstandortes Braunschweig einzusetzen. Hier bietet sich die Zusammenarbeit mit der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften Wolfenbüttel an. Das Klinikum Braunschweig verfügt seit vielen Jahren über eine Hebammenschule mit 3 x 16 Ausbildungsplätzen. Das Klinikum Braunschweig führt bereits seit einiger Zeit diesbezügliche Gespräche mit der Ostfalia.

Dr. Arbogast

**Anlage/n:**

keine